

P  **LIZEI**
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

25 Jahre



1990 - 2015
GdP-Landesbezirk
Sachsen-Anhalt
16. Oktober 2015

16.10.2015, 15.00 Uhr

Johanniskirche
in Magdeburg



Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Uwe Petermann, Magdeburg

Fotos: Die Verfasser

Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach
ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

Sämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im Kunden-
auftrag für die Drucklegung vom Verlag gestaltet wurden,
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfälti-
gung und elektronische Speicherung ist nur mit Zustim-
mung des Anzeigenkunden und des Verlages erlaubt.
Verstöße hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag
des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.



Forststraße 3 a • 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-0 • Telefax 0211 7104-174
av@VDPolizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin: Antje Kleuker

Gestaltung und Layout: Jana Kolfhaus

Anzeigensatz und Druck:
ALBERSDRUCK GmbH & Co. KG, Düsseldorf

© 2015

05/2015/39

www.VDPolizei.de

1990 - 2015 GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt 16. Oktober 2015

P**LIZEI** **DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Sachsen-Anhalt

- Grußworte** x

- Zeitleiste und personelle Übersicht** x

- Gewerkschaft (in) der Polizei zwischen 1945 und 3. Oktober 1990** x

- 25 Jahre Gewerkschaft in der Polizei Sachsen-Anhalt** x

Grüßwort

Holger Stahlknecht
Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in diesem Jahr begeht der „Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) sein 25-jähriges Gründungsjubiläum. Die GdP mit einer Mitgliederzahl von bundesweit ca. 175.000 Vollzugs- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie Tarifbeschäftigten ist auch für die Polizei in Sachsen-Anhalt mitgliederstärkste Gewerkschafts- und Berufsorganisation. Als Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vertritt die GdP seit jeher die Belange und Interessen aller Beschäftigten der Polizei. Im Zuge der friedlichen Revolution des Jahres 1989 kam es zu einer Rückbesinnung von Volkspolizistinnen und -polizisten auf die gewerkschaftliche Arbeit, insbesondere unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Umbruchs. Es kam darauf an, diese besondere Berufsgruppe in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Der gewerkschaftlichen Arbeit kam in diesem Prozess eine bedeutende Rolle zu. Folgerichtig wurde im Frühjahr 1990 die Gewerkschaft der Volkspolizei gegründet, welche sich noch im Jahr 1990 mit der GdP vereinigte. In den ersten Jahren nach dem Beitritt standen große Herausforderungen an. So waren die Anpassung an ein verändertes Rechtssystem und neue ethisch-moralische Wertvorstellungen große persönliche Entwicklungsaufgaben. Auch hier hatte die GdP in

den Behörden und Dienststellen der Landespolizei Sachsen-Anhalt von Anfang an eine wichtige Gestaltungs- und auch Schutzfunktion. In enger Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen leisteten und leisten die Gewerkschafter auch wichtige Beiträge bei der Mitgestaltung des Beamten-, Versorgungs- und Tarifrechtes. Positiv erwähnen möchte ich die Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei „Die Kriminalpolizei“, welche ein Forum für eine kriminalpolizeilich fachliche Diskussion bietet und die internationale Ausrichtung der GdP. Diese manifestiert sich in der aktiven Mitgliedschaft in der Vereinigung der Polizeigewerkschaften der „European Confederation of Police – EURO-COP“. Ebenso sind die aktive Mitgestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen und das Einbringen von konstruktiven Vorschlägen in die Landespolitik nach wie vor wichtige Arbeitsfelder der Gewerkschaft. Dabei ist der Umgang mit Initiativen und Meinungen der Gewerkschafter nicht immer einfach, jedoch sind diese ein wichtiges Korrektiv – abseits von Hierarchien und politischen Zwängen. In diesem Sinne wünsche ich der Gewerkschaft der Polizei und ihren Mitgliedern auch weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit!

Grüßwort



Dr. Reiner Haseloff
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Im 25. Jubiläumsjahr der Neugründung unseres Heimatlandes feiern auch viele Institutionen, Organisationen und Unternehmen ihr 25-jähriges Bestehen. Zu diesen Jubilaren gehört auch die Gewerkschaft der Polizei in Sachsen-Anhalt, deren Mitgliedern ich herzlich gratuliere.

In den vergangenen Jahren war die Gewerkschaft stets ein guter Partner der Landesregierung. Natürlich gab es nicht immer Einigkeit. Das ist aber auch nicht verwunderlich, denn es gibt manchmal gegensätzliche Interessen und Sichtweisen. Das liegt in der Natur der Sache. Entscheidend ist, dass man einander vertrauen und sich aufeinander verlassen kann. Die Herausforderungen waren und sind nicht einfach. Das betrifft vor allem die demografische Entwicklung im Land, die auch für die Polizeistrukturen tiefgreifende Veränderungen mit sich bringt. Das Jubiläum der Gewerkschaft der Polizei ist für mich auch Anlass, allen Polizistinnen und Polizisten in unserem Heimatland Dank zu sagen. Ihre Leistungen und ihre Motivation verdienen hohe Anerkennung. Oft genug müssen sie in kritischen Situationen buchstäblich ihren Kopf für uns alle hinhalten und in kürzester Zeit Entscheidungen von hoher Tragweite treffen. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der Legitimation der politischen Ordnung auf der einen Seite und den staatlichen Schutzaufgaben auf der anderen Seite. Nur wer sie effi-

zient erfüllt, kann bei den Bürgerinnen und Bürgern auf dauerhafte Zustimmung rechnen.

Auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung leistet unsere Polizei hervorragende Arbeit. Hierbei werden Vorsorge und Vorbeugung immer wichtiger. Prävention setzt auf Aufklärung und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Bürgernähe ist eine wichtige Voraussetzung für das Vertrauen in die Polizei und liegt deshalb der Landesregierung sehr am Herzen. Ein wichtiger Baustein der jüngsten Polizeireform war deshalb die Einführung von Regionalbereichsbeamten vor Ort. Sie sind sowohl verlässliche Ansprechpartner für die örtliche Bevölkerung als auch für die regionalen Entscheidungsträger.

Ich wünsche der Gewerkschaft weiterhin eine erfolgreiche Arbeit auch im Interesse unseres Landes!

Grüßwort



Udo Gebhardt
Stellvertretender Vorsitzender des
DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

GdP – Solidarisch stark!

Die Gewerkschaft der Polizei gehört zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Darauf sind wir stolz, dafür sind wir dankbar, darüber lässt sich viel Gutes sagen. Die gemeinsame Arbeit mit der GdP macht alle Gewerkschaften im DGB gesellschaftspolitisch stärker und tarifpolitisch handlungsfähiger.

Und jetzt begeht der GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt sein 25jähriges Gründungsjubiläum. Dazu gratulieren wir Euch besonders herzlich. Und wenn wir auch für die kommenden Jahrzehnte viel Erfolg wünschen, dann tun wir das nicht ganz uneigennützig, denn Ihr seid die „starke Truppe“ des DGB in Sachsen-Anhalt, – jedenfalls eine uns besonders stärkende Mitgliedsgewerkschaft – solidarisch und zuverlässig.

Dafür sage ich: Danke, Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass die Polizei Ländersache ist, und dass unsere Polizei hoheitliche Aufgaben unseres Landes erfüllt. Im Dienst zeigt Ihr das Landeswappen Sachsen-Anhalts, Ihr habt als Gewerkschaft eine zuverlässige Landesstruktur und trotzdem die Kompetenz der bundesweit aufgestellten GdP.

Leider ist das angesichts der Ländergrenzen überschreitenden gewerkschaftlichen Strukturen selten geworden und bei uns nur noch bei der GEW ähnlich – ein Grund mehr, den Föderalismus in Deutschland hoch zu halten.

Und deshalb treffen wir uns mit Euch vor und im Landtag und beim Dialog mit Regierungsstellen und Verwaltungen. Und deswegen stehen wir zusammen zum Beispiel bei unseren Kampagnen gegen die falsche Sparpolitik des Landes.

Ja Kolleginnen und Kollegen – WIR SIND SACHSEN-ANHALT!

Wir treten gemeinsam ein für eine leistungsfähige Polizei. Und darum unterstützen wir Eure Forderungen nach einer ausreichenden und guten Personalausstattung. Und darum fordern auch wir eine nach Umfang und Qualität gute Ausstattung der Polizei mit Gebäuden, Fahrzeugen und Kommunikationsmitteln.

Und wir fordern insbesondere gute tarifliche Entgelte und soziale Regelungen wie auch Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten in der Polizei, Polizistinnen und Polizisten, Kolleginnen und Kollegen der Polizeiverwaltung.

Und natürlich wollen wir, dass die polizeilichen Strukturen und Aufgaben in Sachsen-Anhalt durch eure Erfahrungen und Kenntnisse mitbestimmt werden. Denn Ihr seid die Profis im polizeilichen Alltag, Ihr habt die Kompetenz. Ihr kennt die regionalen Infrastrukturen, die sozialen Bedingungen, Ihr kennt die Menschen in den Revieren.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr wisst, wo es langgeht in der Fläche und in den Ecken und Winkeln unseres Bundeslandes. All das ist notwendig, damit bei der Polizei in Sachsen-Anhalt weiterhin „Gute Arbeit“ geleistet werden kann.

Deshalb benötigt dieses Land auch die starke Stimme und vor allem die Kraft der GdP.

Ich wünsche Euch, dass Ihr dafür auch zukünftig die notwendige Kraft und Energie aufbringt. Die solidarische Unterstützung der DGB-Gewerkschaften ist Euch sicher.

Grüßwort



Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, lasst Euch zuerst ganz herzlich gratulieren – zu 25 Jahren innovativer und erfolgreicher Arbeit innerhalb unserer großen GdP-Gemeinschaft. Dem voraus gegangen war die Etablierung der Gewerkschaft der Volkspolizei als einzige Neugründung einer Gewerkschaft auf dem Gebiet der DDR. Eine Leistung, die vielen von uns ehrliche Hochachtung abgerungen hat.

Mit Eurer gewerkschaftlichen Erfahrung und Eurem zielorientierten Engagement habt Ihr seither Beachtliches erreicht. Ihr habt Euch unermüdlich sowohl für die innere Sicherheit insgesamt stark gemacht, aber Euch eben auch sehr vehement für die Ansprüche der Kolleginnen und Kollegen im Einzelnen eingesetzt: So wie jüngst mit der Klage zur altersdiskriminierenden Besoldung. Und Ihr habt Erfolg. Darauf könnt Ihr zurecht stolz sein.

In den zurückliegenden 25 Jahren hat sich die Entwicklung nicht nur auf blühenden Landschaften entfaltet. So gern das der eine oder andere auch gehabt hätte. Seit etlichen Jahren ist das gesellschaftliche Klima bei uns rauer geworden, soziale Konflikte zeigen sich offenkundiger. Das Gewaltpotential beispielsweise ist unübersehbar und erschreckend. Zu viele Menschen leben mit Perspektivlosigkeit und Frustration. Das sucht Ventile. Und leider sind oft unsere Kolleginnen und Kollegen mit dem Unmut der Bevölkerung unmittelbar und hart konfrontiert – bis hin zu gewaltsamen Exzessen. Eine Entwicklung, die unserer Gesellschaft in keiner Weise gut tut.

Wir als Gewerkschafter konstatieren diese Entwicklung nicht nur, sondern fordern von den politisch Verantwortlichen handlungsfähige Konzepte ein, wie diesem Phänomen begegnet werden kann. Gleiches gilt für aktuell auftretende Anforderungen wie gegenwärtig für die Flüchtlingsproblematik. Darüber hinaus bleibt es unsere ureigenste Aufgabe, eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Polizei einzufordern. Sie muss einhergehen mit einer gerechten Bewertung und Bezahlung aller Polizeibeschäftigten – die ihre Gesundheit und oft genug auch ihr Leben einsetzen, um die Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten.

Als größte Vertretung der Polizeibeschäftigten in Sachsen-Anhalt steht Ihr dafür u. a. im ständigen Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern. Und was wir als Solidargemeinschaft GdP an Unterstützung leisten können, das werden wir auch in Zukunft beisteuern.

In diesem Sinne: viel Erfolg in den kommenden Jahren und für heute einen gelungenen Festakt.



Uwe Petermann
Vorsitzender GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt

25 Jahre Gewerkschaften in der Polizei Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei begeht in diesem Jahr sein 25-jähriges Gründungsjubiläum. Dem vorausgegangen war die Bildung der Gewerkschaft der Volkspolizei als einzige Neugründung einer Gewerkschaft auf dem Gebiet der DDR.

Im Herbst 1989, mit dem beginnenden Demokratisierungsprozess in der DDR forderten auch die Angehörigen der VP die Wiederherstellung ihrer aktiven Gewerkschaftsrechte und die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Damit verbanden sie die Forderungen für das Recht Tarifverhandlungen zu führen und streiken zu können. Gleichzeitig forderten sie eine Demokratisierung der Volkspolizei und die Mitbestimmung in arbeitsrechtlichen und sozialen Angelegenheiten des Dienstes.

Im Rückblick auf die Ereignisse vor 25 Jahren kann man nur den Mut und die Entschlossenheit derer bewundern, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen engagiert haben und die Basis für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit in der Polizei gelegt haben.

Diesen Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde, aber auch denen, die in den nachfolgenden Jahren die gewerkschaftliche Arbeit fortgesetzt haben, ist diese Broschüre gewidmet.

An dieser Stelle möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen der GdP und des VDP-Verlages meinen herzlichen Dank für die Zuarbeiten, Hilfe und Unterstützung bei der Erstellung dieser Broschüre und aussprechen.

Die Zusammenstellung der Texte beruht auf den Veröffentlichungen in dem Landesteil Ost, ab 1995 dem Landesteil Sachsen-Anhalt der Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“ und der Chronik, die zum zehnjährigen Bestehen der GdP zusammengestellt wurde.

Zeitleiste und personelle Übersicht

Vor dem 1. Landesdelegiertentag

Klaus Hanisch wurde am 8. Mai 1991 zum amtierenden Landesbezirksvorsitzenden gewählt. In gemeinsamer Beratung des Landesvorstandes und des Landesausschusses wurde festgelegt, aus jedem Regierungsbezirk des Landes Sachsen-Anhalt einen Stellvertreter zu kooptieren.

Das waren: für den Regierungsbezirk Dessau Hans-Jürgen Philippi, für den Regierungsbezirk Halle Andreas Strauch und für den Regierungsbezirk Magdeburg Bernd-Axel Jahns.

In der gewerkschaftlichen Arbeit ging es um die Sicherung der regelmäßigen Bezahlung der Polizeibeschäftigten und die Forderung, durch geeignete Schulungsmaßnahmen das Wissen zu vermitteln, das die Kolleginnen und Kollegen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit benötigen. Nicht hoch genug zu würdigen ist die gewaltige Arbeit die im engen Zusammenwirken zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums, den Personalräten und dem Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei zur Verbeamtung geleistet wurde.

1. Landesdelegiertentag der GdP, Landesbezirk Sachsen-Anhalt.

Mit großen Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen kamen am 26. Oktober 1991 72 Mandatsdelegierte und fünf Gastdelegierte in der Landespolizeischule Aschersleben zusammen.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Klaus Hanisch – Vorsitzender; Hans-Jürgen Philippi – Stellv. Vorsitzender; Andreas Strauch – Stellv. Vorsitzender; Klaus Vandeck – Stellv. Vorsitzender; Lutz Kirchhoff – Schriftführer; Uwe Kupplich – Stellv. Schriftführer; Manuela Becherer – Kassierer; Lothar Faßhauer – Stellv. Kassierer.

Außerordentlicher Landesdelegiertentag am 3. April 1993

Am 18. Januar 1993 erklärte Klaus Hanisch als Landesbezirksvorsitzender seinen Rücktritt. Damit machte sich ein außerordentlicher Landesdelegiertentag erforderlich. In der Vorbereitung darauf erklärte auch der Kollege Lothar Faßhauer, dass auch er von seiner Funktion zurücktritt.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Hans-Jürgen Philippi – Vorsitzender; Lothar Hoffmann – Stellv. Vorsitzender; Uwe Gerlach – Stellv. Vorsitzender; Uwe Kupplich – Stellv. Vorsitzender; Uwe Schlieter – Schriftführer; Werner Kühner – Stellv. Schriftführer; Uwe Gropp – Kassierer; Christel Dahm – Stellv. Kassierer.

Für Angelegenheiten der einzelnen Bereiche wurden Beisitzer gewählt. **Das waren:** Karl-Heinz Fischer – Arbeiter und Angestellte; Bernd Hoffmann – Wasserschutzpolizei; Heiner-Frank Schmidt – Verkehrspolizei; Jürgen Naatz – Landespolizeischule; Elard Schmidt – Bezirksgruppe Dessau; Karsten Schmidt – Bezirksgruppe Halle; Thomas Friedrich – Bezirksgruppe Magdeburg; Eckhard Gluschke – Bezirksgruppe PD Magdeburg.

Uwe Gerlach gab im Januar 1994 sein Amt als Vorsitzender des Hauptpersonalrates auf und trat gleichzeitig von seiner Funktion als Stellvertretender Landesvorsitzender des Landesbezirkes Sachsen-Anhalt zurück. In einer gemeinsamen Beratung zwischen dem GLBV und GdP-Vertretern im Hauptpersonalrat wurde Einigung darüber erzielt, das Hans-Jürgen Philippi wieder das Amt des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates übernimmt.

Lothar Hoffmann wurde vom GLBV beauftragt, die Geschäfte des Landesvorsitzenden wahrzunehmen. Eine Entscheidung, die sich als

richtig erweisen sollte. Eine Verbesserung trat ein, als Kollege Günter Martens die Funktion des Landeschriftleiters übernommen hat und regelmäßig Veröffentlichungen im Landesteil Sachsen-Anhalts in „DEUTSCHE POLIZEI“ erschienen.

2. Ordentlichen Landesdelegiertentag am 10. und 11. Juni 1994

„Demokratie braucht unseren Einsatz!“

Am 10. und 11. Juni 1994 trafen sich 89 Mandatsdelegierte und 19 Gastdelegierte in der Landespolizeischule Aschersleben. Unter den Delegierten waren erstmals sechs Mitglieder von Seniorengruppen der GdP in Sachsen-Anhalt.

In den GLBV wurden gewählt: Lothar Hoffmann – Vorsitzender; Hans-Jürgen Philippi – Stellvertreter; Uwe Kupplich – Stellvertreter; Otto Rau – Stellvertreter; Christel Dahm – Stellvertreterin; Uwe Gropp – Kassierer; Vera Ruppricht – Stellv. Kassierer; Elard Schmidt – Schriftführer; Michael Weiß – Stellv. Schriftführer.

Die Delegierten stellten u.a. fest, dass der bauliche Zustand vieler Polizeidienststellen noch beklagenswert ist. Es sei höchste Zeit, dass die Arbeitsbedingungen in den Dienststellen weiter verbessert werden. Des Weiteren diskutierten sie das Konzept „Polizei 2000“, ein Sechspersonal-Modell, dass ab 1.11.1995 umgesetzt werden soll.

Satzungsdelegiertentag am 17. Januar 1996

Am 17. Januar 1996 fand in der Stadthalle Zerbst der Satzungsdelegiertentag statt. Die Delegierten, die zum 2. Ordentlichen Landesdelegiertentag in ihren Kreisgruppen gewählt worden waren hatten die überarbeitete Satzung, die den neuen Gegebenheiten entsprach, zu beraten und diese zu bestätigen.

Es gab nun in der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen-Anhalt keine Kreisgruppen mehr. Es bestehen 11 Bezirksgruppen, die Untergliederungen bilden können, aber nur die Bezirksgruppen können Mandats- und Gastdelegierte zu einem Landesdelegiertentag entsenden. Gegenwärtig gibt es im Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei folgende Bezirksgruppen:

Bezirksgruppe Polizeidirektion Dessau
Bezirksgruppe Fachhochschule der Polizei Aschersleben
Bezirksgruppe Polizeidirektion Halberstadt
Bezirksgruppe Polizeidirektion Halle
Bezirksgruppe Landesbereitschaftspolizei
Bezirksgruppe Landeskriminalamt
Bezirksgruppe Polizeidirektion Magdeburg
Bezirksgruppe Polizeidirektion Merseburg
Bezirksgruppe Ministerium des Innern
Bezirksgruppe Polizeidirektion Stendal
Bezirksgruppe Technisches Polizeiamt

3. Ordentliche Landesdelegiertentag am 8. und 9. November 1996

„Sicher in die Zukunft ... mit einer starken Gemeinschaft!“

Das Jahr 1996 war für alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und insbesondere auch für uns als Gewerkschaft der Polizei ein Jahr mit großen Hoffnungen auf eine Angleichung der Tarifverhältnisse in Ost und West. Geweckt dadurch, dass es erstmals keine getrennten Tarifverhandlungen gab. Wir waren uns sicher, mit der Macht der ÖD-Gewerkschaften in Ost und West ein optimales Verhandlungsergebnis erreichen zu können.

Wir hatten vergeblich auf Solidarität aus den alten Bundesländern gehofft. Wir hatten die Erwartungen an die ÖTV zu hoch gesteckt. Es gab keine Streikbereitschaft und damit keinen Tarifkampf.

Positive Wertung fand auch die Medienarbeit in der Zeitschrift der GdP „Deutsche Polizei“ in der ein eigener Landesteil gestaltet wird. Dem neuen Landesschriftleiter Lothar Jeschke war es gelungen, eine nahtlose Übernahme der Aufgabe nach dem Ausscheiden des Kollegen Günter Martens gewährleisten.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Lothar Hoffmann – Vorsitzender; Hans-Jürgen Philippi – Stellv. Vorsitzender; Uwe Kupplich – Stellv. Vorsitzender; Otto Rau – Stellv. Vorsitzender; Birgit Ganze – Stellv. Vorsitzende; Vera Ruppricht, KassiererIn; Elard Schmidt, Schriftführer; Peter Reisse, Beisitzer; Karsten Schmidt, Beisitzer; Christel Dahm, Beisitzer.

Am 27. und 28. Mai 1997 fanden in Sachsen-Anhalt die Wahlen zum Polizeihauptpersonalrat (PHPR) statt. Im Ergebnis der Personalratswahlen gab es Gerangel um die Führungsplätze im PHPR. Abweichend von den Festlegungen der Kandidatenliste für den PHPR wurde ein anderer Vorsitzender gewählt. In der PD Magdeburg hat es eine eigene Liste der GdP für die Wahl zum PHPR gegeben, die aber im Endergebnis die Plätze der GdP im PHPR stärkte. Durch diese Problematik der Funktionsverteilung im PHPR kam es im GLBV zu Streitigkeiten, die nicht beigelegt werden konnten und zum Rücktritt des GLBV führten. Gleichzeitig kam es zu mangelnden Informationen der Kollegen über die Maßnahmen der Regierung.

Außerordentlicher Delegiertentag 18. Oktober 1997

Am 18. Oktober 1997 trafen sich die Delegierten wieder in Aschersleben zum außerordentlichen Delegiertentag. Nachdem am 9. Juni 1997 der GLBV zurückgetreten war, blieb nichts anderes übrig, als einen außerordentlichen Landesdelegiertentag einzuberufen.

In der anschließenden Wahl wurden nachstehende Mitglieder des GLBV gewählt: Karsten Schmidt, Vorsitzender; Günter Jänsch, Stellvertreter; Wolfgang von der Heide, Stellvertreter; Uwe Petermann, Stellvertreter; Birgit Ganze, Stellvertreterin; Ilse Ledermann, Schriftführerin; Vera Ruppricht, KassiererIn; Thomas Friedrich, Beisitzer; Jürgen Naatz, Beisitzer; Andreas Bartels, Beisitzer.

4. Landesdelegiertentag

1. und 2. Dezember 2000 in Wernigerode

„10 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Sachsen-Anhalt – Mit starken Partnern sicher im neuen Jahrtausend!“

Am 1. und 2. Dezember 2000 trafen sich die Delegierten des Landesbezirkes der Gewerkschaft der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt in Wernigerode zu ihrem 4. ordentlichen Landesdelegiertentag.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Karsten Schmidt, Vorsitzender; Jürgen Naatz, Stellvertreter; Ilse Ledermann, Stellvertreterin; Thomas Friedrich, Stellvertreter; Birgit Ganze, Stellvertreterin Tarif; Uwe Petermann, Schriftführer; Vera Ruppricht, KassiererIn; Günter Jänsch, Beisitzer; Vera Dallmann, Beisitzer; Peter Schwendig, Beisitzer.

In einer Abendveranstaltung haben die Delegierten und Gäste des Landesdelegiertentages die Gründung der GdP in Sachsen-Anhalt vor 10 Jahren feierlich begangen.

Am zweiten Tag waren der Innenminister, Vertreter aus Polizeibehörden und -einrichtungen, von Parteien, des DGB und aus Landesbezirken der GdP zu Gast. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau und die Übernahme des Tarifergebnisses 2000 für die Beamten. Die Delegierten forderten den Innenminister auf, sich für die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten und als Vorsitzender der Innenministerkonferenz für die Anrechnung der Vordienstzeiten und das Schließen der Versorgungslücke der Beamten einzusetzen. Gleichzeitig erfolgte eine Diskussion über die weitere personelle und organisatorische Entwicklung in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt

5. Landesdelegiertentag

28. und 29. Oktober 2004 in Halberstadt

„Mit Sicherheit in Sachsen-Anhalt“

Der Landesdelegiertentag beschloss, gegen die Pläne der Föderalismus-Kommission, das Beamtenrecht in die Hoheit der Bundesländer zu geben, zu kämpfen und forderte, dass eine Modernisierung des Beamtenrechts den Besonderheiten in der Polizei gerecht wird muss. Inhaltlich stellt sich die Gewerkschaft der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt nicht gegen eine Modernisierung des Beamtenrechts und wird zukunftsfähige Lösungen immer unterstützen. Dabei muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass die Besonderheiten der Polizei Berücksichtigung finden. Die Gefahr der Pläne der Föderalismus-Kommission besteht in der völligen Zersplitterung des deutschen Beamtenrechts und der Behandlung der Beamten nach Kassenlage.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Karsten Schmidt – Vorsitzender; Bernd Dudka – Stellvertreter; Thomas Friedrich – Stellvertreter; Gerhard Joppe – Stellvertreter; Karl-Heinz Fischer – Stellvertreter Tarif; Uwe Petermann – Schriftführer; Sybille Staliwe – stellv. Schriftführerin; Vera Ruppricht – KassiererIn; Lutz Gutewort – stellv. Kassierer.

6. Landesdelegiertentag am 22. und 23. Oktober 2009 in Peißen b. Halle

Souverän, kompetent und stark!

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zählen zu den Schwerpunkten der gewerkschaftlichen Arbeit. Ein weiteres Hauptaugenmerk liegt auf der Einstellungspolitik des Innenministeriums für Polizeibeamte. Die Polizei darf kein Spielball für populistische Zwecke sein! Beängstigend ist die hohe Überalterung der Kollegen. Deutlich zeigt sich hier die verfehlte Einstellungspolitik. Um auch in Zukunft den Aufgaben gerecht zu werden, muss sich diese Praxis ändern. Ein echtes Personalentwicklungskonzept muss für die Polizei geschaffen werden. Demotivierend sind die sporadischen und geringen Beförderungen, gerade im Eingangsamt.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Uwe Petermann – Vorsitzender; Jürgen Naatz – Stellvertreter; Uwe Spallek – Stellvertreter; Lutz Gutewort – Stellvertreter; Liane Bosse – Stellvertreterin Tarif; Jens Isensee – Schriftführer; Norbert Dieke – Schriftführer; Vera Ruppricht – KassiererIn; Beate Berndt – stellv. KassiererIn.

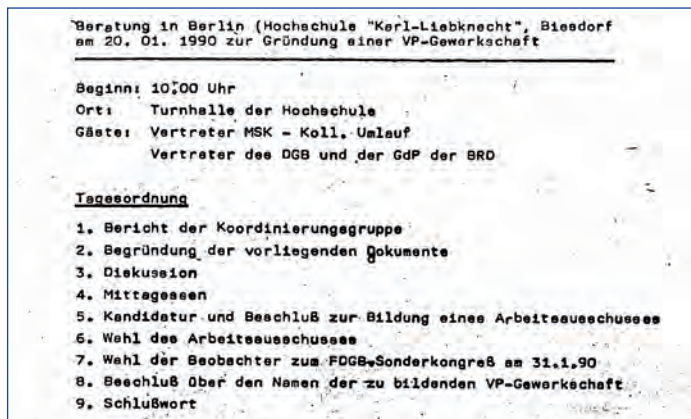
7. Landesdelegiertentag am 9. und 10. Oktober 2014 in Peißen b. Halle

„Mit uns – für euch – Eine starke Gemeinschaft“

Leider muss die GdP feststellen, dass sich seit dem 6. Landesdelegiertentag im Jahre 2009 die Probleme in der Polizei weiter verdichtet haben. Die Themen Personalabbau und zu wenig Neueinstellungen, eine Organisationsfortentwicklung, die an der polizeilichen Einsatzbelastung vorbei geht, steigende Gewalt gegen Polizeibeamte, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Verschiebung von Tarifübernahmen, nicht ausreichende Ausstattung der Polizei und Mangelverwaltung stehen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit. Ebenso gehören die Erhöhung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, fehlender dienstlicher Rechtsschutz, ungenügende Beförderungsgelder, angemessene und vertretbare Voraussetzungen zum Verwendungswechsel für polizeidienstunfähige Beamte in die Verwaltung oder altersgerechte Arbeitsplätze im Polizeivollzug sowie zuverlässigere Schichtpläne dazu.

In den neuen GLBV wurden gewählt: Uwe Petermann – Vorsitzender; Uwe Spallek – Stellvertreter; Nancy Emmel – Stellvertreter; Thomas Fritzar – Stellvertreter; Liane Bosse – Stellvertreterin Tarif; Ingo Neubert – Schriftführer; Lutz Schober – stellv. Schriftführerin; Vera Ruppricht – KassiererIn; Cornelia Garbaden – stellv. KassiererIn.

bis 15. März 1990, erledigen sollte. Mit dem Geschäftsführenden Vorstand (GV) des Gewerkschaftlichen Dachverbandes Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) wurde Übereinstimmung erzielt, dass es sich bei der GdVP nicht um eine Neugründung handele, da die Polizeiangehörigen zum Teil bereits eine – wenn auch ruhende – FDGB-Mitgliedschaft besaßen.



Diesem vorläufigen Arbeitsausschuss gehören u.a. an: Guido Grützmann – Hauptwachtmeister der VP, Vorsitzender Klaus Kühner – Oberlöschmeister, Stellvertreter Rainer Herrmann – Oberleutnant der K., Stellv. Organisation Klaus Hanisch – Oberleutnant der K. Bezirk, Halle Thomas Friedrich – Oberleutnant der VP, Bezirk Magdeburg

Es gab nun eine neue Situation. Es gab einen Dachverband, die GdVP, aber die Basisorganisationen waren noch nicht gebildet. In den Dienststellen musste das schnellstens nachgeholt werden und auch in den Bezirken mussten die entsprechenden Maßnahmen zur Bildung der Bezirksvorstände schnell erledigt werden. Galt es doch auch bei den Chefs und Leitern der Bezirksbehörden und gleichgestellten Einrichtungen die Vertretung der Kolleginnen und Kollegen durch entsprechende Gremien der Gewerkschaft zu sichern.

Am 24. Januar 1990 erklärte der Minister für Innere Angelegenheiten, Generalleutnant Lothar Ahrendt, seinen Eintritt in die GdVP.

Am 7. Februar 1990 unterzeichneten der Minister und der Vorsitzende des vorläufigen Arbeitsausschusses der GdVP, Guido Grützmann, eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit, die sich stark an das Bundespersonalvertretungsgesetz anlehnte. Sie sichert der GdVP die Beteiligung am Erlass von Rechtsvorschriften und die Mitbestimmung bei internen Festlegungen zu den Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Angehörigen und Zivilbeschäftigten der Deutschen Volkspolizei.

In dieser Vereinbarung wird auch festgehalten, dass die GdVP kostenlos Diensträume und Fernsprechnittel des Ministeriums für Innere Angelegenheiten (MfIA) benutzen darf. Gleichzeitig wurde die bezahlte Freistellung von Mitarbeitern für die Gewerkschaftsarbeit im Bereich des MfIA geregelt.

In dieser Zeit fanden in den Dienststellen, trotz erheblicher Belastung der Angehörigen der Volkspolizei, die Gründungen der Grundorganisationen der GdVP statt.

Am 2. Februar 1990 hatte der Vorläufige Arbeitsausschuss in einem Rundspruch gebeten, ihn in einer Urabstimmung zu legitimieren, über den 15. März hinaus zu arbeiten, um den 1. Ordentlichen Kongress der GdVP am 31.03.1990 durchführen zu können.

Vor diesem Hintergrund fanden am 14. Februar 1990 in den Bezirkstädten in Halle und Magdeburg Demonstrationen unter Beteiligung der GdVP, zur Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes noch vor den Volkskammerwahlen am 18.03.1990 statt. Wichtigste Forderungen waren: Tarifverhandlungsrecht, Streikrecht, Demokratisierung der Volkspolizei.

Gründung der GdVP in den Bezirken Magdeburg und Halle

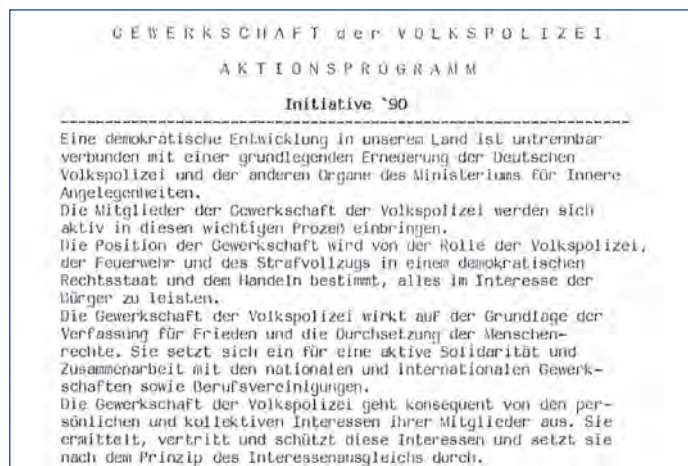


Zur Vorbereitung des 1. Kongresses der GdVP hat es im Bezirk Magdeburg frühzeitig in allen Dienststellen Versammlungen gegeben, in denen neben den Vorständen auch die Delegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt wurden. Diese fand in Magdeburg am 19. Februar 1990 statt. Thomas Friedrich wurde mit 76 % der Stimmen der anwesenden Delegierten zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Auch die Delegierten zum 1. Ordentlichen Kongress der GdVP wurden gewählt. Im April und Mai fanden in den Bezirken die Delegiertenkonferenzen der GdVP zur Wahl der Bezirksvorstände statt. Diese erfolgte im Bezirk Halle am 05. Mai 1990.

Gründungskongress der GdVP

Nach den Wahlen in den einzelnen Dienststellen fand am 31.03./01.04.1990 der 1. Ordentliche Kongress der GdVP in Aschersleben statt. Die ca. 850 Delegierten vertraten 83.288 Mitglieder der GdVP.

Er beschloss die Satzung und weitere wichtige Dokumente wie die Finanzrichtlinie und das Aktionsprogramm „Initiative 90“. Zum Vorsitzenden wurde mit 81,77 % der Stimmen Hauptwachtmeister der VP Guido Grützmann (Berlin) gewählt. Stellvertreter wurden Hauptmann der VP Dr. Andreas Bernig und Willi Rockel.



Noch in der Gründungsphase trennte sich die Sektion Feuerwehr von der GdVP.

Mit Beschluss vom 18.4.1990 wurde die GdVP offiziell als Mitglied des Gewerkschaftlichen Dachverbandes FDGB anerkannt. Die GdVP hatte Ende März 83.288 Mitglieder.

Die letzten Monate der DDR...

Nach der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 wurde Dr. Peter-Michael Diestel Innenminister und damit auch Verhandlungspartner der GdVP in Berlin.

Am 9. April 1990 erfolgte mit Beschluss Nr. 1 / 90 des Zentralvorstandes die personelle Besetzung des Geschäftsführenden Zentralvorstandes. Ihm gehören an: Dr. Jürgen Schenk – Geschäftsführer; Joachim Tetzner – Leiter Rechtsfragen; Michael Peckmann – Leiter Tarife / Finanzen; Martina Kuschmann – verantwortliche Mitarbeiterin für Arbeits- und Zivilrechtsfragen; Detlef Wuttke – verantwortlicher Mitarbeiter für Sozialpolitik; Rainer Herrmann – Leiter Innere Verwaltung; Michael Tischendorf – Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Chefredakteur der Zeitung „Klartext“; Carla Muth – Sekretärin.

Ebenfalls am 9. April 1990 begann der Zentralvorstand mit der Vorbereitung eines Rationalisierungsschutzabkommens.

Mit dem neuen Minister für Innere Angelegenheiten, Dr. Peter- Michael Diestel, kam es am 27. April 1990 zu einem ersten Gespräch des Geschäftsführenden Zentralvorstandes. Im Ergebnis dieses Gespräches war man sich einig über die Bildung von Personalräten. Man einigte sich auf eine Zwischenlösung. Die gewählten Vertreter der GdVP nehmen bis zur Wahl von Personalräten deren Aufgaben wahr.

Am 11. Juni 1990 forderte die GdVP den Innenminister Dr. Peter- Michael Diestel auf, ein Rationalisierungsabkommen für Angehörige und Zivilbeschäftigte abzuschließen. Es sollte den Schutz der Mitarbeiter vor Reformierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sowie Strukturveränderungen beinhalten.

Am 13. Juni 1990 forderte der geschäftsführende Zentralvorstand den Innenminister erneut auf, konkrete Aussagen zur Besoldung und Entlohnung nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 zu treffen. Völlige Ungewissheit besteht über die Versteuerung des Einkommens.

Der Vorsitzende der GdVP Guido Grützemann forderte am 9. Juli 1990 den Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel auf, bei Umorganisationen und Personalentscheidungen das Mitspracherecht der GdVP gemäß der Vereinbarung vom 7. Februar 1990 einzuhalten.

Zum gleichen Zeitpunkt bestätigte der Geschäftsführende Zentralvorstand der GdVP den Rahmenplan für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Personalvertretungen 1990.

Der Leiter der Tarifkommission Andreas Schuster forderte in einem Gespräch mit Innenminister Diestel und Generalinspekteur Schmalfuß die Verhandlungen zu den von der GdVP vorgelegten Tarifverträgen zügig zum Abschluss zu bringen.

Ca. 300 Volkspolizisten und GdVP- Mitglieder blockieren für 15 Minuten die Kreuzung in der Klement- Gottwald – Allee in Berlin, um gegen die Hinhaltetaktik des Innenministers in Bezug auf die Tarifverhandlungen zu demonstrieren.

Über 2.500 GdVP- Mitglieder demonstrierten am 19. Juli 1990 vor der Volkskammer im Berliner Lustgarten für einen maßvollen Teuerungsausgleich, einen finanzierbaren Rationalisierungsschutz und für eine schrittweise Angleichung an das Besoldungssystem sowie das Besoldungsniveau der BRD. Innenminister Diestel, der zu den Demonstranten spricht, wird ausgepöffelt.



Demonstration der Gewerkschaft der Volkspolizei

Bundesarchiv. Bild 183-1990-07 19-019; Foto: Roeske, Robert/19.07.1990

Der 30. Juli 1990 ist ein erfolgreicher Tag für die GdVP. Die „ Vereinbarung zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des MfIA, die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind wird von Dr. Peter- Michael Diestel, Guido Grützemann und Kollegen Kaiser vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste unterzeichnet.

Auch die Vereinbarung zum Teuerungsausgleich wird unterschrieben. Rückwirkend zum 1. Juli 1990 erhalten Wachtmeister monatlich 200 DM, Offiziere der mittleren Laufbahn monatlich 60 DM und 30 % der Zivilbeschäftigten monatlich 75 DM als Ausgleichszahlungen.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble kündigt in einem Rundbrief vom 20. August 1990 die Überprüfung aller VP- Angehörigen an. In Größenordnungen kündigen Volkspolizisten selbst. Der Zentralvorstand forderte Chancengleichheit, faire Personalentscheidungen und keine formale Übernahme von Polizeistrukturen.

Auflösung der GdVP

Sehr mutige Kollegen der GdVP hatten unmittelbar nach dem 20. Januar 1990 den Kontakt zu den Kollegen der Gewerkschaft der Polizei in der Bundesrepublik gesucht. Teilweise wurden sie recht verwundert empfangen oder mussten lange warten bis sie vorgelassen wurden. In der Folgezeit gab es dann aber wirksame Hilfe. Die Teilnahme des Bundesvorsitzenden der GdP, Hermann Lutz, am 1. Kongress der GdVP in Aschersleben zeugt davon. Diese Hilfe war vielfältig und wertvoll.

Am 30. April kam es in Berlin zu einem Gespräch des Vorsitzenden der GdVP und einiger Vorstandsmitglieder mit dem Bundesvorsitzenden der GdP Hermann Lutz. In Grundpositionen zur Rolle von Gewerkschaften im demokratischen Rechtsstaat wurde Übereinstimmung erzielt und der politische Wille der GdVP zur Fusion mit der GdP deutlich zum Ausdruck gebracht.

Eine entscheidende Klausurtagung des Zentralvorstandes der GdVP fand am 18. und 19. Juni 1990 in Haferfeld (bei Gernrode im Ostharz) zur Fusion mit der GdP statt. In einer Protokollnotiz zur Vereinbarung zwischen GdP und GdVP verpflichtet sich diese, im September 1990 alle Voraussetzungen für den Beitritt der GdVP- Mitglieder zur GdP zu schaffen.

Auf einer Klausurtagung der Vorstände der GdP Berlin (West) und der GdVP Berlin (Ost) am 1. und 2. Juli 1990 in Biesenthal wird die Vereinbarung zum sofortigen Zusammenschluss beider Organisationen unterzeichnet.

Am 23. Juli 1990 beginnen die Vorbereitungen zum „Auflösungskongress“. So wurde am 16. August 1990 die Urabstimmung zur Auflösung der GdVP und zum Beitritt ihrer Mitglieder zur GdP eingeleitet.

Der Zentralvorstand der GdVP fasst am 29.08.1990 den Beschluss über die Fortführung von Arbeiten und die Auflösung der des Geschäftsführenden Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Volkspolizei.

Danach werden die Arbeiten zum 31. Oktober 1990 eingestellt. Die Landesbezirke werden gebeten, bei der Wiedereinstellung der freigestellten Mitarbeiter in den Dienst, Unterstützung zu geben.

Beschluß des 2. Kongress der GdVP vom 29. 09. 1990

1. Gem. Artikel 16 des Statutes der GdVP vom 01. 04. 1990 wird die GdVP mit Wirkung vom 30. 09. 1990 aufgelöst.
2. Für die Auflösung gelten folgende Regelungen:
 - a) Der Gewerkschaftskongress beantragt zur Abwicklung aller mit der Auflösung in Verbindung stehenden Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen drei Liquidatoren

GdVP : Michael Peckmann
GdP : Joseph Schafeld

unabhängiger Wirtschaftsprüfer: Michael Unkelbach,
Königsallee 13
Düsseldorf
 - b) Die Liquidatoren vertreten die GdVP in Abwicklung aller vermögensrechtlichen Angelegenheiten, gemeinsam, mindestens jedoch zu zweit. Die Liquidatoren entscheiden mit einfacher Mehrheit.

In den Bezirksgruppen Halle und Magdeburg, die künftig zum Land Sachsen – Anhalt gehören sollten, wurde aus den beiden Bezirksvorständen der Landesvorstand der GdVP gebildet. Vorsitzender wurde Jürgen Spicher, Vertreter Thomas Friedrich und Fred Staliwe.

Der außerordentliche Kongress der GdVP beschließt am 29. September 1990 in Berlin-Biesdorf, dem Ort der Gründung, die Auflösung der GdVP und den Beitritt ihrer Mitglieder zur GdP noch vor dem 3. Okto-

ber 1990 – dem Tag der Wiedervereinigung. Damit waren die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug, während der fast 41-jährigen Existenz der DDR, an sage und schreibe 247 Tagen in einer Gewerkschaft organisiert und durch diese vertreten. Zu diesem Zeitpunkt erklären im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt 8.551 Mitglieder der GdVP ihren Beitritt zur Gewerkschaft der Polizei.

UP

25 Jahre Gewerkschaft in der Polizei Sachsen-Anhalt

Mit den nachfolgenden kürzeren und längeren Texten wollen wir einige Augenblicke der gewerkschaftlichen Arbeit präsentieren und gleichzeitig eine Entschuldigung abgeben, dass nicht alle Themen, interessanten Momente des Engagement hier aufgezeigt werden können. Der Platz, um alle Einsatzbegleitungen, Proteste, Teilnahme an Tagen der offenen Türen, Meilen, Bälle, Spenden oder Veranstaltungen und Konferenzen hier zu präsentieren ist einfach zu knapp.

Erinnerungen an den 11. Januar 1991

Viele Teilnehmer erinnern sich noch an den 11. Januar 1991, diese „Polizei-Demo bei der man die Kraft und die Macht einer Gewerkschaft spüren konnte.

An diesem Tag waren in Magdeburg über 7.500 Polizisten und Beschäftigte durch die Innenstadt gezogen. Vor dem Amtssitz des damaligen Ministerpräsidenten Gies in der Hegelstraße fand eine Kundgebung statt, auf dem auch der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Horst-Udo Ahlers sprach. Es ging, wenige Monate nach der Wiedervereinigung, um die Verbeamtung und die damit verbundene Einführung der Bundesbesoldung in Sachsen-Anhalt. Ein halbes Jahr nach der Demonstration begannen in Sachsen-Anhalt die Verbeamtungen und im Herbst 1991 wurde endlich nach der Bundesbesoldungsordnung bezahlt. Damit waren die wichtigsten Forderungen der GdP erfüllt.

GdP hat jetzt ein eigenes Büro

Der GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt hat jetzt ein eigenes Büro: Am 16. Juni 1993 fand die offizielle Eröffnung des Landesbüros statt. An dieser Veranstaltung nahmen neben dem Innenminister Hartmut Perschau, führende Polizeivertreter und zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sowie weitere Gäste teil.

Erfolge beim RÜG

Im Dezember 1994 konnten Senioren aus Halle die erfolgreiche Arbeit ihrer Interessenvertretung konkret erleben. Bei der Neuberechnung ihrer Renten aufgrund von Gesetzesänderungen im Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) ergaben sich erhebliche Verbesserungen. Natürlich geschah dies nicht im Selbstlauf. Die Minderung der Begrenzungsbestimmungen durch das Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz vom 1. Juli 1993 war im Wesentlichen nur durch politischen Druck erreicht worden. Hieran haben die Seniorenverbände in der GdP einen ganz entscheidenden Anteil.

GdVP-Vermögen gerettet

Am 27. März 1995 protokollierten die Liquidatoren der Gewerkschaft der Volkspolizei mit Vertretern der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS) – vorher Treuhandanstalt – vor dem Obergericht Berlin einen Vergleich, der die widerrecht-

liche Beschlagnahme des Vermögens der GdVP durch die Treuhand beendet. Endlich kann das Vermögen der GdVP entsprechend der Vorgabe des Auflösungskongresses der GdVP vom 29. September 1990 zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit den GdP-Landesbezirken in den neuen Ländern übertragen werden.

Brief an alle Abgeordneten des Landtages Sachsen-Anhalt

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand Sachsen-Anhalts der Gewerkschaft der Polizei sandte am 27. November 1995 einen Brief an alle Abgeordneten des Landtages unseres Bundeslandes und forderte die Aufhebung des Beförderungs- und Einstellungsstopps, Beibehaltung der Regelungen in der Laufbahnordnung bezüglich der Beförderungstermine und der zeitlichen Abfolge und die konsequente Durchsetzung aller Beschlüsse zur Gewährung des jährlichen Bedarfs an Einstellungen für den Polizeivollzugsdienst.

Versorgungslücke

Die GdP unternahm viele Jahre konkrete Anstrengungen, um die soziale Situation der Polizeibeamten in den neuen Bundesländern zu verbessern und gerechter zu gestalten. Ein heißes Thema war seit 1992 die sogenannte „Versorgungslücke.

Durch die 2. Verordnung zur Änderung der Beamtenübergangsverordnung vom 22. Dezember 1992 wurden Vordienstzeiten, die erstmalig im Beitrittsgebiet ernannte Polizeibeamte vor dem 3. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet als Volkspolizisten oder Angehörige der Grenztruppen der DDR zurückgelegt hatten, nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeiten anerkannt. Die bis zur Wiedervereinigung in der Alterssicherung der DDR verbrachten Zeiten wurden mit der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung zum 31. Dezember 1991 zu Rentenanwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung.

Daraus ergab sich, dass bei den ab 3. April 1996 erstmalig aufgrund der vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenze in Ruhestand tretenden Polizeibeamten des Beitrittsgebiets eine Versorgungslücke entstand. Die Betroffenen erhielten nur eine Mindestversorgung¹. Die zustehende Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung konnte nach § 35 SGB VI erst mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres gewährt werden. Die Gewährung eines erhöhten Ruhegehaltssatzes zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr gemäß § 14 a Beamtenversorgungsgesetz war

¹ von 35 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus ihrem Amt oder, wenn dies günstiger ist, 65 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Besoldungsgruppe A4

ihnen nach § 2 Nr. 9 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung verwehrt. Dies ändert sich erst ab dem 1.1.1999 mit der Neufassung dieser Verordnung.

„85 Prozent – Da fehlt noch was!“

Am 3. 3.1998 fand auf dem Domplatz in Magdeburg eine beeindruckende Großveranstaltung unter dem Motto „Da fehlt noch was!“ statt. 3500 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes nahmen aus allen Teilen des Landes Sachsen-Anhalt an dieser Veranstaltung teil. Lautstark machten die GdP-Mitglieder mit ihren Familienangehörigen, Freunden und Kollegen auf ihre berechtigten Forderungen aufmerksam. Besonders erobert waren die Polizeibeschäftigten darüber, dass die Arbeitgeber über die Angleichung Ost/West nicht verhandeln wollen.

Die Einkommen im Osten lagen zu dieser Zeit weit unter 85 Prozent des Westniveaus. Längere Arbeitszeiten, gekürztes Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld reduzieren das Einkommen eigentlich auf 78,6 Prozent. Die GdP forderte, endlich einen Stufenplan vorzulegen, der aufzeigt, wann die 100 Prozent im Osten erreicht sind. Der letzte Schritt der Ost-West-Anpassung erfolgte 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung. Ab dem 1. Januar 2010 wird auch ab der Besoldungsgruppe A9 100% der „Westbesoldung“ gezahlt.



Eindrucksvoller Protest in Berlin

Mit einer eindrucksvollen Demonstration der Stärke zeigten über 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Deutschen Gewerkschaftsbund, darunter mit 20 Bussen und ca. 1.000 Kolleginnen und Kollegen des Landesbezirkes Sachsen – Anhalt, dem geplanten Besoldungsdiktat der Bundesregierung die rote Karte. Sie demonstrierten am 19. Oktober vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Lautstark brachten sie ihren Protest gegen die geplante Abkopplung der Besoldung vom zu erwartenden Tarifergebnis zum Ausdruck. Sie forderten auch, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

100% – JETZT „Es reicht uns jetzt, weil es nicht reicht!“

Rund 11.000 Demonstranten aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen haben am 5. April 2000 in Magdeburg eine Angleichung der Tarife im Öffentlichen Dienst gefordert. Zur Protestaktion hatten die sieben Gewerkschaften ÖTV, GEW, IG Medien, GdP, DPG, DAG und IG Bau aufgerufen, um Druck auf die Tarifverhandlungen in Stuttgart auszuüben. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den neuen Ländern erhalten 86,5 Prozent der Westvergütung und arbeiten 1,5 Stunden länger. „Es reicht uns jetzt, weil es nicht reicht“ war die Losung der Kundgebung. Die große Salami der GdP mit der Aufschrift „Schluss mit der Salamitaktik“ bestimmte weithin sichtbar das Bild der Kundgebung.

„Bündnis für Arbeit“ auch in der Polizei

Der GdP-Landesvorsitzende Karsten Schmidt, und der Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates Uwe Kuplich trafen sich mit Vertretern des Bdk und der DPoIG am 5. 7. 1999 zu einem Gespräch mit dem Innenminister Manfred Püchel über die Umsetzung des Personalkonzeptes der Landesregierung im Polizeibereich. Während des Gedankenaustausches wurden durch Karsten Schmidt die Forderung nach einem „Bündnis für Arbeit“ gestellt. Der Minister stimmte diesem Vorschlag

in weiten Teilen zu. Im Kern ging es um den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und Kündigungen wegen mangelnden Bedarfs. Außerdem sollte vereinbart werden, dass die Umsetzung des Personalkonzeptes keinen Einfluss auf die vollständige Übernahme auf das Tarifergebnis 2000 haben wird. Durch die GdP wurden bereits eine Reihe von Vorschlägen dem Minister übergeben.

„Was lange währt, wird gut“

Am 19.12.2000 haben Vertreter der GdP und der DPoIG mit dem Innenminister sowie dem Finanzminister das „Bündnis für Arbeit in der Polizei“ unterzeichnet. Damit wird die Umsetzung aller kw-Vermerke in der Polizeiverwaltung ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Den Mitarbeitern in der Polizeiverwaltung werden Möglichkeiten angeboten, freiwillig eine andere Tätigkeit im Landesdienst aufzunehmen oder sozialverträglich aus dem öffentlichen Dienst auszuschcheiden.

Polizei muss Sicherheitsanspruch der Bürger erfüllen

Unter dem Leitgedanken „Polizei 21 – mit Sicherheit in Sachsen-Anhalt, Polizei muss Sicherheitsanspruch der Bürger erfüllen“, fand die erste Sicherheitskonferenz der GdP am 12. April 2002 in Magdeburg statt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen diskutierten mit dem Innenminister, den Vertretern der Abteilung 2 des MI und weiteren Leitern von Behörden und Einrichtungen der Polizei die aktuellen Probleme der Polizei.

Scharfer Protest gegen weitere Belastungen für die Polizei

Am 12. Dezember 2002, bei eisiger Kälte haben über 500 Beamte der Feuerwehr und der Polizei aber auch Angestellte und Arbeiter in großer Zahl und in Uniform zu Beginn der Sitzung des Landtages auf die Sparbeschlüsse von Bundes- und Landesregierung reagiert. Besonders Unmut gab es zu den aktuellen Vorschlägen der Kürzungen in der Heilfürsorge und den festgefahrenen Tarifverhandlungen.

Eine Torte für den Ministerpräsidenten

Zur Mahnung an die 32 Absolventen der Fachhochschule, die nicht zu Polizeikommissaren ernannt wurden, übergab die GdP am 7. April 2003 dem Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Prof. Wolfgang Böhmer, symbolisch eine Torte mit 32 brennenden Kerzen. Drei Stück der Schokotorte, die in der Mitte mit einer Polizei-Anhaltetorte geschmückt war, fehlten aller-



dings schon. Sie standen für die drei Kollegen, die ihre Ernennungsurkunde schon in der Tasche haben.

Höhepunkt dieser Auseinandersetzung mit der Landesregierung war die Kundgebung am 16. April 2003. Ca. 150 Studenten und Absolventen der Fachhochschule sowie Gewerkschaftsvertreter protestierten vor der Staatskanzlei und haben dem Ministerpräsidenten die ihnen verliehenen Hochwassermedaillen zurückgegeben und eine Unterschriftenliste mit ihrem Protest überreicht.

Tarifverhandlungen zur Beschäftigungssicherung

Diesen Tarifverhandlungen waren intensive Bemühungen der GdP vorausgegangen, eine Anschlusslösung für das am 31. Dezember 2003 auslaufende „Bündnis für Arbeit in der Polizei“ zu finden. Seitens des Landes stand die Entscheidung in der Polizei bis 2006 ca. 1.200 Stellen zu streichen, fest. Dies sollte notfalls auch durch betriebsbedingte Kündigungen umgesetzt werden.

Die Verhandlungen mit dem Innenministerium zur Fortführung des Bündnisses für Arbeit scheiterten im Sommer 2003, da der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen für den Dienstherrn nicht verhandelbar war.

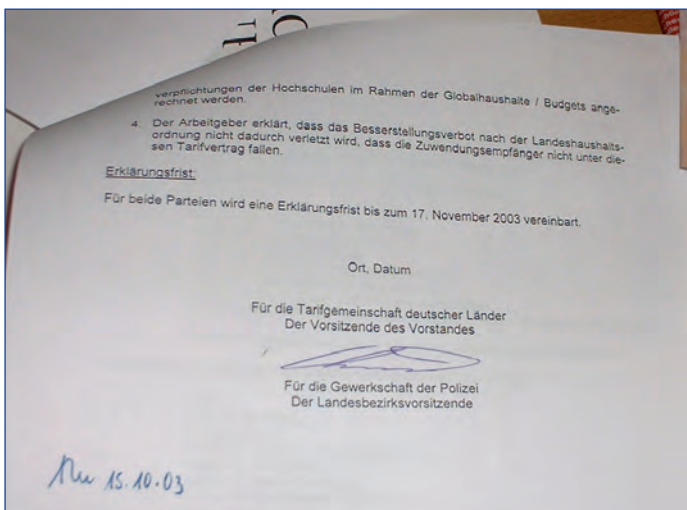
Ausgelöst durch den Vorstoß des Ministerpräsidenten, eine Kosteneinsparung bei den Personalausgaben durch eine solidarische Lösung für alle Landesbediensteten im Umfang von ca. 5 % mittels eines Tarifvertrages zu finden, begannen im Sommer 2003 die ersten Gespräche zwischen Vertretern der Landesregierung und der GdP zur Vorbereitung der Tarifverhandlungen.

Tarifverhandlungen auf Landesebene waren für uns Neuland. Um den Verhandlungen eine möglichst breite Basis der tatsächlich Betroffenen zu geben, wurde erstmalig eine Tarifkommission gebildet, die bei den Verhandlungen präsent war.

Nach einer Mitgliederbefragung und dem entsprechenden Beschluss des Landesvorstandes fanden die Tarifverhandlungen am 12.9. und 30.9.2003 statt. Das Land hatte in der ersten Verhandlungsrunde zunächst eine Absenkung von 10% für alle Tarifbeschäftigten und eine Laufzeit bis 2005 gefordert. Dies wurde durch uns abgelehnt. Am 15.10.2003 wurden noch letzte strittige Punkte geklärt.

Nach dem Abschluss des Tarifvertrages schätzte der Landesvorsitzende, Koll. Karsten Schmidt ein, dass es trotz der schmerzlichen Einschnitte für die betroffenen Tarifbeschäftigten, gelungen ist, einen tragbaren Kompromiss zu finden und damit für eine lange Zeit Kündigungsschutz zu sichern. Ebenfalls wichtig war, dass für die Laufzeit, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten nicht zu erhöht wird und das Land Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder bleibt.

Außerdem war die Klarstellung, dass die Erhöhungs- und Angleichungsschritte Ost an West nach den Tarifverhandlungen 2003 unangetastet bleiben, sehr wichtig.



Diese Tarifverträge fanden ihre Fortsetzung in den Teilzeit- und Altersteilzeitarifverträgen, die derzeit einmalig in der Bundesrepublik sind und zur langfristigen Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse im Land dienen.

Jetzt muss endlich Schluss sein ...!

Etwa 2.000 Beamte und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes Sachsen-Anhalts hatten sich am Nachmittag des 15. September 2004 vor dem Palais am Fürstenwall in der Landeshauptstadt zusammengefunden, um gemeinsam gegen die Kürzung und den geplanten Wegfall des Weihnachtsgeldes zu protestieren.

Feuer vor dem Landtag

Die GdP Sachsen-Anhalt hatte weitere Aktionen angekündigt und sie hielt Wort. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erlebte eine zweite Mahnwache während der Beratungen zum so genannten Doppelhaushalt 2005/2006 am 16. und 17. Dezember 2004. Während dieser Beratungen sollte auch über das Weihnachtsgeld für die Landesbeamten bzw. über die fast vollständige Streichung dieses Weihnachtsgeldes beraten und abgestimmt werden.



Weihnachtsgeldverfahren vor Bundesverfassungsgericht

Das Verwaltungsgericht Magdeburg hat am 6.9.2005 als erstes Gericht in Sachsen-Anhalt entschieden, dass die entsprechenden bundes- und landesrechtlichen Regelungen zur Kürzung bzw. Wegfall der Sonderzahlungen formell und materiell nicht zu beanstanden sind. Dieses Urteil bestätigt in der Folge auch das Bundesverfassungsgericht.

BSM wird abgeschafft!

„BSM, das bedarfsorientierte Schichtdienstmanagement, wird abgeschafft“ – diese Meldung aus einem GdP-Newsletter verbreitete sich am 23. März 2006 wie ein Lauffeuer unter den Polizeibeamten in Sachsen-Anhalt. Einen Tag zuvor wurde Innenminister Jeziorsky während eines Gesprächs von Kollegen der GdP und der DPoIG überzeugt, dass es nur eine Abschaffung des BSM geben kann.

Freitag der 13. – ein guter Tag für die Polizei

Freitag, der 13., wird oft ängstlich als Unglückstag bezeichnet. Freitag, der 13. April 2007, könnte dagegen zu einem guten Tag werden. Denn



an diesem Tag unterzeichneten Innenminister Hövelmann und der Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) zwei wichtige Dokumente. Die Dienstvereinbarung zum „Eingliederungsmanagement“ (BEM) und die Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Umsetzung der Polizeistrukturreform 2007 (DV PSR 2007).

Erfolgreiche Gespräche in der Staatskanzlei

Mit einem guten Ergebnis endete ein Gespräch, das Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes am 10. Juli 2008 mit Ministerpräsident Wolfgang Böhmer führten. Wolfgang Böhmer hatte dabei deutlich gemacht, dass es sich bei dem von Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) vor wenigen Tagen vorgelegten Konzept zum weiteren Personalabbau in der Polizei, um ein „Diskussionspapier“ handele, dass so nicht beschlossen werde.



Proteste haben sich gelohnt

Mit der größten Kundgebung seit vielen Jahren haben am 26. Februar 2009 etwa 15 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihre Bereitschaft demonstriert, für ihre Tarifforderungen notfalls auch zu kämpfen. Zuvor waren die Kolleginnen und Kollegen in zwei Demonstrationen durch die Landeshauptstadt gezogen und hatten die Öffentlichkeit auf ihre Einkommenssituation aufmerksam gemacht.



Finanzminister begeht Wortbruch

180 Neueinstellungen im Jahr – leider doch nur ein schlechter Aprilscherz? Nach Informationen der GdP genehmigte der Finanzminister in den nächsten Jahren entgegen der Ankündigungen auf der Sicherheitskonferenz der GdP am 13.4.2010 in Magdeburg nur 150 Neueinstellungen im Jahr.



Keine Gehaltskürzungen durch die Hintertür!

Wieder einmal versucht die Landesregierung mit der Neuordnung des Landesbeamtenrechts, eine Kostendämpfungspauschale und einen Sachbezug einzuführen. Bereits im Mai hatte das Land versucht, dies durch den Landtag zu bringen. Nach dem Protest der GdP und anderer Gewerkschaften verkündete der Innenminister Holger Stahlknecht am 29. 5. 2013, dass es keine Kürzungen geben wird. Was von seinen Worten zu halten ist, zeigen die neuen Pläne mit dem Haushaltsbegleitgesetz, quasi so ganz nebenbei, die Kostendämpfungspauschale und einen Sachbezug doch einzuführen. Das ist nach der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, der verzögerten Übernahme des Tarifiergebnisses und des riesigen Beförderungsstaus wieder ein Griff in die Taschen der Beamten. Das sind für die Kolleginnen und Kollegen fast ein Prozent weniger Geld im Portemonnaie.

Das nehmen wir nicht hin.

Nachdem der Minister seine Pläne am 9. 10. 2013 vorgestellt hatte, gab der Landesvorstand einen öffentlichen Protestbrief bei Herrn Stahlknecht ab. Neben den schon aufgeführten Argumenten, wiesen wir auf die aktuelle Rechtslage und die immer gleiche Rechtsprechung dazu hin. Da dies, wie nicht anders zu erwarten, auf taube Ohren stieß, rief die GdP am 27. 11. 2013 unter dem Motto: „Lohndiebe stoppen, gegen Kostendämpfungspauschale und Sachbezug“ zum Protest-Autokorso am 2.12. 2013 in Magdeburg auf.

